

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erstteil wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. „Wöchentliche Beilagen: „Luthers Gedenktage“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abonnenten 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen zum Ersatz jeder Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitseite oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklameseite 40 Pfg., Zusatztagegebühr 50 Pfg., für „Annonces“ von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Übersetzung unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgebender Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 121

Donnerstag, den 13. Oktober 1932

34. Jahrg.

„Das neue Reich!“

Der Kaiser in München — Der Preisempfang im Ministerium des Auswärtigen

München, 12. Oktober.

Reichstanzler von Papen stattete dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Gesamtministerium im Ministerium des Auswärtigen seinen Besuch ab. Ministerpräsident Dr. Held bewillkommnete den Reichstanzler herzlichst und fuhr fort: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Befehnis des Reichstanzlers, wofür ich herzlich danke, das Befehnis, das man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur so gemeint, gewinnt ein solcher offizieller Besuch des Reichstanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stillen unserer Tage, die so vor allem der Selbständigkeit der Länder gegolten haben ist eine Selbstverständlichkeit.“

Wir erlauben in dem Besuch des Reichstanzlers das Bestehen die Fühlung mit den eigenen Bundesregierungen zu übernehmen und zu halten in der Zeit der großer wirtschaftlichen und geistigen Not des deutschen Volkes. Es kommt darin die Überzeugung zum Ausdruck, daß das gesamte deutsche Volk zusammenzufassen muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden. Ein verripilliertes Deutschland wird sie niemals meistern können.

Unser politisch hängt alles von unserer absoluten Einigkeit ab. Nur durch treues Zusammenarbeiten und Zusammenhalten ist das große Ziel zu erreichen, Deutschland außerpolitisch zu befreien und innerpolitisch zu einem wahrhaft einigen und glücklichen Volk zu machen.“

Reichstanzler von Papen dankte für die freundlichen Worte, die Ministerpräsident Held ihm geäußert hatte. „Mein Besuch, fuhr der Kaiser fort, soll mich mehr sein als eine formale Höflichkeit, er soll sein ein Symbol dafür daß in der Tat gerade jetzt in den vielleicht schwersten Stunden der Nachkriegszeit wir nur durch die großen gemeinsamen Vorfrieden weiterkommen können, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wiederherstellen, wie sie einst gewesen ist.“

Sie wissen, daß es von Anbeginn meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Mithätigkeit und Behebung in kultureller und ökonomischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen.

Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, den passenden Kontakt mit den Ländern zu pflegen und in offener Ausprache über die schwebenden Fragen die Meinungen auszutauschen, die auf dem schwersten Wege vor uns liegen. Ich hoffe, daß in diesem freimütigen Austausch der Meinungen die gemeinsamen Ziele gefördert werden, die allen so sehr am Herzen liegen.“

Vom Ministerium des Auswärtigen begab sich der Reichstanzler nach dem Landtag zum Besuch des Landtagspräsidenten. In Anwesenheit der übrigen Mitglieder des Landtagspräsidenten empfing Dr. Stang den Reichstanzler. Auf die Begrüßungsansprache des Landtagspräsidenten antwortete Reichstanzler von Papen in kurzen Ausführungen. Am Anschluß an den Empfang beschichtigte der Kaiser und seine Begleitung den Sitzungssaal des Landtages und die ehemaligen Räume der Reichstagskammer.

Preisempfang

Am 11 Uhr fand im Ministerium des Auswärtigen ein Preisempfang statt. Zunächst erliefen Reichstanzler von Papen mit dem Leiter der Preisabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Marks. Er wurde von Ministerpräsident Dr. Held den Vertretern der Presse vorgeführt. In einer kurzen Ansprache gab der Reichstanzler seiner Freude darüber Ausdruck, bei dem ersten Besuch, den er der bayerischen Staatsregierung und damit dem Lande Bayern mache, Gelegenheit zu haben, mit den Vertretern der Presse persönliche Fühlung aufzunehmen, auf die er großes Gewicht lege.

Die Reichsregierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie bemüht auf föderalistischen Standpunkt setze, daß die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe. Nicht ein über Unilateralismus oder Zentralismus, sondern nur ein Reich, das aus der Addition aller gewachsenen Kräfte geschaffen werde, sei die Parole der Reichsregierung.

Vom Ministerium des Auswärtigen aus begab sich der Kaiser mit den Herren seiner Begleitung, geleitet von dem Innenminister Dr. Fröbel, zum Rathaus, um auch der Stadt München seinen Besuch zu machen. Er legte dann einen Kranz am Gedenkmal-Stein nieder und hielt in den Mittagsstunden noch bei dem päpstlichen Nuntius sowie bei Kardinal Faulhaber einen Besuch ab. Um 13.30 Uhr hatte Ministerpräsident Dr. Held zu einem Frühstück geladen.

Pläne und Gegenpläne

Bezirgsnisse und Mißstimmung in Paris.

London, 12. Oktober.

Man ist in Paris alles andere als erfreut über die Notwendigkeit, zu dem englischen Drängen auf weitere Aussprachen gute Miene machen zu müssen, und Herriot wird nicht ohne schwere Rührung der freundlichen Einladung MacDonalds folgen. Man hat beargwöhnt und mißgünstig vernommen, daß in London Entwürfe ausgearbeitet worden sind, die der englische Premierminister als Hinterlage für seine Bemühungen nehmen will, wie er zwischen Frankreich und Deutschland ein Kompromiß in der Abrüstungsfrage vermitteln könne, und man besitz sich, diesen Plänen französische Gegenpläne entgegenzusetzen, die die englischen Absichten durch Komplikationen so betafeln, daß eine schnelle Einigung nicht in Frage kommt.

Das Kennzeichen des englischen Vorschlages scheint die Zuerkennung der Rechtsgleichheit für Deutschland in militärischer Hinsicht zu sein, allerdings gegen das deutsche Einverständnis damit, daß Deutschland durch die Einführung der ihm bisher verbotenen Waffen seiner Mannschaffskraft nicht verkehrt, wogegen die anderen Mächte zu fühlbaren Abrüstungsbestrebungen angehalten werden sollen. Gleichgültig soll ein zeitlich unbefristeter politischer Waffenstillstand eingeführt werden, in dem Deutschland sich verpflichten soll, keine Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu verlangen.

Dieser englische Plan ist als Grundlage eines deutsch-französischen Kompromisses offensichtlich schon belafert genug, um die Bemühungen MacDonalds zu erschweren — den Franzosen aber genügen die in dem englischen Plan enthaltenen Hindernisse offenbar noch nicht, denn ihr Gegenentwurf verlangt: weiter

ein allgemeines Rüstungsabkommen, einen allgemeinen Kontrollkommission, der sich ein das Rüstungsstatut und ein den Gesamtvertrag einschließendes fest sowie einen regionalen Befehnis-, Sicherheits- und Kontrollpakt in demselben Rahmen und weiter ein Protokoll über die Anwendung des Prinzips der Gleichberechtigung. Schließlich greift der französische Vorschlag auch wieder auf den Plan der Bildung einer internationalen Streitmachts zurück.

Man sieht, was Herr Herriot mit nach London bringt, ist das Programm für eine große internationale Konferenz, nicht aber das wesentlich bestehendere, dafür aber auch härtere Material, das den Absichten MacDonalds dienen könnte, und so wird der französische Ministerpräsident hoffen dürfen, die ihm so unerwünschte Vermittlungsaktion seines englischen Kollegen zu durchkreuzen und der von MacDonalds beabsichtigten Einleitung des deutschen Außenministers Steine in den Weg zu stellen. Von welcher Seite also die englischen Bemühungen geistlich durchzuziehen, daran ist nach dem französischen Verhalten kein Zweifel mehr möglich, und Deutschland kann abwarten, welche Schlüsse man in London und anderswo aus dieser Erkenntnis zu ziehen gedenkt.

Neuregelung des Bankwesens?

Noch keine personellen Entscheidungen.

Berlin, 12. Oktober.

Schon seit längerer Zeit schwoben bei der Reichsregierung Erwägungen, wie man die bisherige Bankenaufsicht den Erfordernissen des neuen Wirtschaftsprogramms besser anpassen könnte. Dabei spielt auch die Frage eine Rolle, wie man die durch die verschiedenen Sitzungsstätten entstandenen Bankinteressen des Reiches in Zukunft behandeln soll. Dieser privatwirtschaftliche Kreis des Problems gehörte bisher nicht zu den Aufgaben des Bankenausschusses, der nur die öffentliche Aufsicht über die Betriebsführung des gesamten Bankgewerbes zu führen hatte. Wie wir von zufälligen Quellen erfahren, sind die Erwägungen über alle diese Fragen noch nicht abgeschlossen. Insbesondere ist auch über die personellen Fragen noch gar nicht gesprochen worden. Ob also Dr. Erffmuth als Treuhänder für die vom Reich abhängigen Banken wird oder ob Dr. Schacht diese Stellung erhält, ist noch völlig offen.

Verarmungsverbot

Keine Sportplatzkündigung der NSDAP.

Berlin, 12. Oktober.

In einem Schreiben des Polizeipräsidenten an den Gauborstand der NSDAP wird ein Verbot der nationalsozialistischen Kündigungen im Sportplatz begründet. Es heißt darin u. a.: „Von nationalsozialistischer Seite sind in der letzten Zeit seit Beginn des Wahlkampfes zum Reichstag am 6. November zahlreiche Verarmungen politisch Andersdenkender mit dem Ziel der Sprengung geföhrt worden. Die Hauptigkeit der Fälle und die Gleichmäßigkeit bei der Art des Vorgehens der Täter gestattet mit Sicherheit den Schluß, daß die Verarmungsstörungen planmäßig vorbereitet und auf Weisung leitender Stellen der NSDAP durchgeführt worden sind. Dieses, den friedlichen Verlauf des Wahlkampfes in erheblicher Weise gefährdende Verhalten von Anhängern der NSDAP, hat in den ordnungsliebenden Kreisen der Bevölkerung eine tief-

gehende Erregung ausgelöst. Da nach den gemachten Erfahrungen ein Teil der Anhänger der Partei ein äußerst unbilligstes Verhalten an den Tag gelegt hat, muß damit gerechnet werden, daß von diesem Teil der Parteimitglieder (sich beispielsweise einzelne Jugendgruppen Andersdenkender mit Gewalttätigkeiten beantwortet werden, durch die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf das ernsthafteste gefährdet werden. Das vorliegende Verbot der für den 12. Oktober im Sportplatz geplanten Verarmung rechtfertigt sich also auf Grund des Paragraphen 14 PStG (Polizeiverordnungsgehebes) in Verbindung mit Artikel 123 der Reichsverfassung. Da sich weiter aus den vorliegend dargelegten Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ergibt, ist das Verbot ferner gerechtfertigt durch die Vorschriften des Paragraphen 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Verarmungen und Umsätze vom 28. Juli 1932.“

Reichstanzler von Papen vor dem Landwerk

Berlin, 12. Oktober.

Reichstanzler von Papen besichtigte, auf der am 24. Oktober hier stattfindenden Obermeistertragung des Berliner und märkischen Handwerks über die Stellung Regierung zu den Fragen des Handwerks sich zu äußern.

Papens Münchner Botschaften

München, 12. Oktober.

Der gestrige Nachmittag war den vorgezeichneten politischen Botschaften zwischen dem Reichstanzler und der bayerischen Regierung vorbehalten. Am Abend gab der bayerische Ministerpräsident zu Ehren des Kaisers einen Empfang, zu dem zahlreiche Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Bayerns geladen waren.

Preußen contra Reich

Beginn der Verhandlungen des Staatsgerichtshofes

— Leipzig, 11. Oktober.

Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich begannen unter starkem Andrang die verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen wegen der durch Notverordnung vom 20. Juli erfolgten Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Zur Entscheidung steht die Frage, ob das Vergehen gegen die durch Reichsregierung nach den Bestimmungen der Verfassung zulässig war, wie es die Reichsregierung betont und das frühere Ministerium Braun-Seeling bestritt. Daneben müßten die Regierungen Bayerns und Badens für künftige Fälle die Festlegung der Grenzen, in denen die Anwendung des Artikels 48 gegenüber einem Lande sich zu halten hat.

Nachdem zu Beginn der Verhandlung Dr. Brecht beantragt hatte, ohne die Anwesenheit eines Vertreters für den Reichstanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen zu verhandeln, gab der Berichterstatter, Reichsgerichtsrat Dr. Schmidt, eine Darlegung des bekannten Sachverhalts. Anschließend stellte der Vorsitzende:

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke

klar, daß das Verfahren von keiner Seite verurteilt worden ist es vielmehr alles getan worden, um den Prozeß zu beschleunigen. Auf die Verhandlung eingehend erklärte Dr. Bumke dann:

„Ich mache dann noch besonders darauf aufmerksam, daß der Staatsgerichtshof nicht über die politische Zweckmäßigkeit oder Wirksamkeit dessen zu entscheiden hat, was geschehen ist, sondern darüber, ob das Geschehene sich im Rahmen der Verfassung hält.“

Dann wandte sich der Vorsitzende der Einteilung des Verhandlungsstoffes zu: „Zunächst wäre zu empfehlen, so erklären er, alle formalen Fragen, deren Wichtigkeit nicht verkannt werden soll, an den Schluß zu stellen und sich der Hauptfrage in erster Linie zuzuwenden.“

Außerhalb der Tagesordnung erhält dann der Hauptredner der preußischen Regierung, Ministerialdirektor Dr. Brecht das Wort zu folgender Erklärung:

„Was will Preußen mit seiner Klage?“

Es will keinen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten richten. Die preußischen Staatsminister haben keinen Zweifel an dem grundsätzlichen Willen des Herrn Reichspräsidenten, die Verfassung zu wahren. Wohl aber beitreten sie auf das entliegendste die Richtigkeit der Informationen, die dem Herrn Reichspräsidenten gegeben worden sind und die Richtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, die man ihm vorgelesen hat.

Gegenstand unserer Klage ist nicht die politische Zweckmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung, nicht einmal die gute Absicht der Reichsregierung, sondern lediglich die rechtliche Zulässigkeit ihres Vorgehens. Gegenstand des Streit es vor allem die Vertretung Preußens und seiner Minister von dem die Ehre des Landes und seiner Vertreter aus tiefste kränfenden Vorwurf, daß das Land Preußen die ihm nach der Reichsverfassung und

gemein zu sein, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, dann brauche nur auf den Aufruf Severings vom 13. Juli gegen den Bürgerkrieg hingewiesen zu werden, worin alle Parteien ermahnt seien, im Interesse des inneren Friedens und des Ansehens Deutschlands im Ausland die Bemühungen einzustellen.

Besonders aber sei die innere Unabhängigkeit der Reichsregierung gegenüber den Nationalsozialisten nicht festzustellen.

Präsident Dr. Dumménil ist es kein Zweifel, daß Beziehungen zwischen Nationalsozialisten und der neuen Reichsregierung nahestehenden Persönlichkeiten damals stattgefunden hätten und daß sich daran gewisse Erwartungen der Nationalsozialisten geknüpft hätten.

Es bestrebe auch kein Zweifel daran, daß die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen vor dem 20. Juli sehr lebhaft den Wunsch gehabt hätten, die damalige preussische Regierung zu beiseiten und einen Reichskommissar für Preußen einzusetzen.

Das ergebe sich aus einem Briefe des Landtagspräsidenten Kertel an den Reichsminister von Papen, der am 18. Juli geschrieben wurde.

Professor Heller meint, daß gegen das Demitté des Ministerpräsidenten Gothfeyn, wonach die Reichsregierung seine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über das Vorgehen gegen Preußen geschehen habe.

Damit ist die Erklärung der tatsächlichen Vorgänge vor dem 20. und am 20. Juli beendet.

Präsident Dumménil weist darauf hin, daß innerhalb der Verhandlung der tatsächlichen Vorgänge nimmer geäußert werden soll, was durch die Verordnung vom 20. Juli entstanden sei, aber lediglich, soweit es wesentlich ist für die Auslegung der Verordnung, oder soweit es in den Äußerungen der Verhandlungsparteien angefochten ist.

In seinem einleitenden Vortrag zu dem neuen Verhandlungsabstand erklärt Dr. Dumménil, a. a. u., aus verschiedenen Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung zur Verordnung ergebe sich eindeutig, daß es der Reichsregierung auf eine energiegelbe Ablehnung und Beilegung der Mitglieder des Kabinetts Braun ankommen sei.

Erst einige Tage später, als sich ergeben habe, daß das Reich zu dieser Abkehr gar nicht beifig sei, habe die Reichsregierung sich darauf beschränkt, von einer Suspendierung von der Amtsausübung zu sprechen.

Aber noch auf das Protokoll des Ministerpräsidenten Braun an den Reichsminister wegen der Ablehnung habe der Reichsminister von Papen in einem eigenhändig unterzeichneten Schreiben geantwortet, auf dessen Umhüllung bei dessen Anrede der Ministerpräsident als „a. D.“ bezeichnet worden sei.

Dr. Bracht schildert dann, daß sofort nach seiner Einsetzung der Reichskommissar 34 preussische Beamte zur Disposition gestellt und 10 Beamte zwangsweise heraufgeführt habe. Besonders wendet er sich dagegen, daß noch vor kurzem der Reichskommissar die einbürgliche Ernennung z. B. des Staatssekretärs im Staatsministerium vollzogen habe, der auch Reichsratsmitglied sei.

Gerade die Frage der Vertretung des Landes im Reichsrat gehöre zu den Streitigkeiten des Landes des jetzigen Reichsrats vor dem Staatsgerichtshof.

Dieses Vorgehen bedeute daher eine Vorwegnahme der Entscheidung des Staatsgerichtshofes, hinter der eine bestimmte Methode stehe. Es sollten, so sagte Dr. Bracht, Tatsachen geschaffen werden, aus denen es einfach keinen Ausweg mehr gibt. Bezeichnend sei es weiter, daß der Reichskommissar und seine Mitarbeiter sich in ständiger Uebung als Staatsministerium und als Landesregierung bezeichneten und daß der Reichsminister in einem Briefe an den Landtagspräsidenten Kertel erklärt habe, die kommissarische Regierung brauche sich nicht auf die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu beschränken, sondern es ständen ihr alle Befugnisse des Staatsministeriums zu, allerdings nicht die unabweisbare Befugnis, vor dem Landtag Rechenschaft abzulegen. In letzterer Hinsicht stimmte die preussische Vertretung mit dem Reich überein, weil nur ein gewählter Ministerpräsident dem Parlament verantwortlich sei.

Erklärung Dr. Gothfeyners

Im Auftrag der Reichsregierung gab Ministerialdirektor Dr. Gothfeyner mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichsministers folgende Erklärung ab:

„Eine Vereinbarung des Reichsministers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniform-Verbotes, die Wiedereinstellung der SA-Truppen und die Wiedereingewöhnung politischer Freiheiten werden nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichsminister und Hitler, gehören vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus einfließen wird, aus Gründen der gerechtfertigten Ausnahmestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu befehlen.“

Deutsche Tageschau

Entschließung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags war zu einer Sitzung zusammengetreten, in der der Vorsitzende Dr. Fried (Nassau), Kenntnis von einem Schreiben des Reichsaussenministers gab, in dem dieser darauf hinweist, daß er nicht im Ausschuss erscheinen könne, so lange nicht die bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüßungen geregelt ist. Der Ausschuss ist eine sehr scharfe Entschlossenheit wegen dieser Stellungnahme der Reichsregierung, die mit den Stimmen aller vertretenen Parteien außer den Kommunisten angenommen wurde. Die Deutschnationalen waren überhaupt nicht erschienen.

Dr. Goebbels spricht bei den Deutschnationalen. Der „Angriff“ veröffentlicht ein Schreiben von Dr. Goebbels an die Deutschnationalen, in dem er die Aufforderung annimmt, in einer deutschnationalen Versammlung als Diskussionsredner zu sprechen. Für diesen „politischen Redekampf“ kommt wahrscheinlich eine deutschnationale Versammlung am 19. Oktober in Betracht, in der für die DNVP der Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover und der Landtagsabgeordnete Steuer sprechen werden.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften
Liefert frei Haus **Richard Knoch**, Buchhandlung

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemmer, den 12. Oktober 1932.

Luftbereites Fahrzeug

Vor Jahren hat man entzweit, daß luftgummibereifte Wagen für Abreize ganz erhebliche Zugkräfteparaffin bringen, so daß man mit der gleichen Antriebsleistung eine doppelte Last bewältigen kann. Diese Erkenntnis war erfreulich, sie lieh jedoch in den Köpfen zu steuern, die mit der Beschaffung eines solchen luftbereiften Fahrzeugs verbunden waren. Eines Tages kam aber ein sündiger Pop auf den Gedanken, die allmählich auf den Autofriedhöfen verkommenen Personen- und Lieferautos als Lieferwagen für einen Herde-Bummelzug auszuwenden. Der Versuch sei zur größten Zufriedenheit aus und das „Rechenbeispiel“ war geschlagen. Es war nicht nur leichtig, sondern auch erheblich billiger als ein neu angefertigter gemahlener Lieferwagen. Bei den heute üblichen Preisen für alle, ausgediente Autos kostet das Fahrzeug mit Umbau, der in der Anbringung einer Deichsel und der Umänderung der Lenkung sowie einem einfachen Rahmenausbau aus Holz, bis zu 300 Mark. Die Tragfähigkeit dieser Wagen, die vom Hersteller abhängerig ist, beträgt für die übliche Federtragkraft von 820 mal 120 etwa 70 Zentner. Die Lieferwagen der zukünftigen Landwirtschaften stehen jedem Interessenten bei der Beschaffung mit Rat und Tat zur Seite.

Das Abwischen von Wild in Staatsforsten. Im Zusammenhang mit Vorgehen der letzten Tage ist die Frage entstanden, nach welchen Grundsätzen das Abwischen von Wild in den Staatsforsten ausgeübt wird. Abwischberechtigt sind die Forstämter nach einem bestimmten Schlüssel. Sie können mit Genehmigung ihres direkten Vorgesetzten Gäste einladen, um das Abwischen an ihrer Stelle auszuüben. Die Genehmigung muß in jedem einzelnen Falle eingeholt werden. Außerdem ist lediglich für ihre Person berechtigt zum Abwischen die Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten sowie der Landwirtschafminister, der gleichzeitig Gäste einladen kann.

Errichtung eines Einigungsamtes für Wettbewerbsfreiheit. Der Minister für Handel und Gewerbe hat bei der Industrie- und Handelskammer zu Halle für die Industrie- und Handelskammer Halle und Nordhausen und die Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Merseburg zu Halle ein gemeinschaftliches Einigungsamt für Wettbewerbsfreiheit im Sinne des § 27 a des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb errichtet. Der Bezirk dieses Amtes ist aus den zum Bezirk der Industrie- und Handelskammer in Halle und Nordhausen gehörigen Gebietsanteilen gebildet worden. Die Geschäfte dieses Einigungsamtes werden von der Industrie- und Handelskammer zu Halle geführt. Mit der Errichtung des Amtes ist ein lebhafter Wunsch der beteiligten Kreise Rechnung getragen worden. Diese Stelle wird in erster Linie einen günstigen Ausgleich unter den Parteien über Streitigkeiten auf dem Gebiete des unlauteren Wettbewerbs zu erzielen versuchen. In Anbetracht dessen, daß die Ausprüche unter einer sachkundigen Autorität stattfinden, darf man hoffen, daß sie in aller Regel zu einer Beilegung der Streitfälle führen wird. Tritt dieser Erfolg nicht ein, so wird die gelegliche Befugnis des Einigungsamtes, sich gütlich mit Streitgegenstand zu äußern, in vielen Fällen für die gerichtliche Entscheidung eine wertvolle Unternehmung erbringen.

Aufschwung und Augen des Giroverkehrs. Die Einlagen auf Spargironen bei den Sparkassen (Giroeinlagen) sind ebenso wie die Spareinlagen im August gestiegen; sie haben z. B. bei den preussischen Sparkassen um rd. 21 Millionen RM zugenommen — ein Zeichen für die fortschreitende Normalisierung der Geldwirtschaft und für die Rückkehr zu den bewährten Zahlungsmethoden. Bei den Giroeinlagen handelt es sich hauptsächlich um Gelder des täglichen Geschäftverkehrs, die aus Lieferungen und für sonstige geleistete Arbeiten eingehen und die wieder zur Zahlung von Rechnungen, Löhnen, Steuern etc. benutzt werden. Selbstverständlich können solche Zahlungen auch in bar erledigt werden, aber jeder fortgeschrittene Mensch weiß heute die Vorteile des bargeldlosen Zahlungsverkehrs (Giroverkehrs) wohl zu schätzen. Durch Benutzung des Spargironverkehrs erspart man sich die Mühen, Kosten und Gefahren des Geldtransportes und erhält für jeden Tag, an dem das Geld, aus der kleinste Betrag, auf dem Konto steht, Zinsen. Der Spargironverkehr ist aber auch für die Allgemeinheit von größtem Wert, denn das Geld auf den Spargironen kann in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden, während das Geld, was man bei sich bis zum Zahlungstermin aufhebt, nutzlos ist. Gerade mit Hilfe ihrer Giroeinlagen können die Sparkassen die von der klein- und mittelständigen Wirtschaft so sehr benötigten Betriebskredite geben. Darum ist es volkswirtschaftlich so wichtig, daß die Giroeinlagen wachsen.

Ehejubiläum. Gestern waren es 40 Jahre her, daß Konrektor i. R. M. Bode in den ehelichen Pfaffen einlie. Während er in Gabis (1888—1892) noch als Junggeheile dabinlebe, begann Gott Amor nach Einzug seines Partners in Gommio 1892 ihn langsam aber sicher die Fesseln anzulegen. Und am 11. Oktober 1892 war der Ehepaar erreicht. 40 Jahre lang ist das Ehepaar Bode Hand in Hand durchs Leben geschritten. Wir wünschen, daß das Jubelpaar in geistiger und körperlicher Frische auch das 50. Ehejahr erreicht möge.

Der Stahlfeld (Vund der Frontsoldaten). Gau Ritterfeld-Wittenberg, verankelter jenseits desjährigen Gauwappert-Appell am kommenden Sonnabend und Sonntag hier in Kemmer. Die hiesige Ortsgruppe ist mit der Durchführung beauftragt worden und hat folgendes Programm, welches von der Gauverwaltung genehmigt ist, aufgestellt. Sonnabend, Deutscher Abend (Militärkonzert, Festvortrag des Gauführers) mit anschließendem Mandorball im Hotel Bayer Hof, Sonntag früh 1/3 Uhr: Gedächtnis, Nachschickeländel, Kräfteparaffin, Reitergruppen. 1/9 Uhr: Kranzüberreichung am Kriegsendmal. 10 Uhr Eintreffen der auswärtigen Ortsgruppen und der Marschgruppen. 11—12 Uhr: Militärkonzert, 12 Uhr: Gienempfang; 1/2 Uhr: Antritt zum Ausmarsch nach dem Schützenplatz, dabeist Wappertortliche Wappertortliche, wie 200 m Hindernislauf, Baumstammklettern, Reulenkurf usw. Die Wucht hat die Stahlfeldmündungspelle Halle mit

25 Mann unter persönlicher Leitung des Kameraden Seifert ehem. fgl. bair. Luftwaffener übernommen. Da seit 4 Jahren keine Veranlassung des Stahlfelds hier stattgefunden hat, ist der Besuch dieser Veranlassung sehr zu empfehlen.

Am letzten Sonntag hatte die DNVP zur Feier des zweiten Gründungstages und zur Sturmfluten-Witze eingeladen, die im Bauen Hof stattfand. Eine große Zahl Kemmerer Einwohner sowie Gäste aus den umliegenden Dörfern hatten der Einladung Folge geleistet und der großen Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. In seiner Begrüßungsansprache gibt der Ortsgruppenführer Selmer Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck und knüpfte daran die Hoffnung, aus der zu erlebenden Stunden noch lange nachdenken mögen. Ein großer Wunsch der Mitglieder Komitee letzte über zur Familienfeier, die der Hg. Ritterfeld vornehm und zu der der Sturm 83/78 im Saal stattfand. In seiner Ansprache führte der Redner aus, daß der heutige Abend dem Sturm 33/72, an dem ihm eine Fahne gegeben worden soll nach so manchem treuen Kampf bei Tag und Nacht in Gefechten und bei jeder Wetter. Sie stellt nicht etwa nur eine Fahnenstange und ein festes Zug daran dar, sondern sie ist ein Symbol der Treue, der Ehre und der Weisheit des Willens. Genau wie die vielen Symbole, die damals im Schlachtenkampf die drückten vorantreiben und die ganze Front zusammenhalten, so soll auch die Fahne die Front sein. Für sich ist es ein Symbol, um das ihr zu stehen darf solange es zu wanken und das niemals sinken oder schwanken darf solange ein braver Mann sich setzen kann. Wenn es sinken sollte, denn denkt daran, daß die Wucht die Ritterfeld erschütterte Treue schuldig sein, das ihr eurer Bewegung Reimig schuldig seid und daß ihr die Pflicht habt, eure Bewegung sauber zu halten von innen und von außen. Es gibt eine ganze Menge Leute, die heute bereit sind, uns um die Fahne der labelungen Kampfe zu bringen. Unsere Bewegung muß rein und sauber bleiben, wenn sie selbst nicht vergerst werden soll und dann nicht mehr in der Lage sein wird, ihre Aufgabe durchzuführen. Es gibt alle Kräfte einzuholen, deren Führer in Bedenken zu folgen, im Höhe zu gehen und ihm alles zu bringen und wenn es auch das möglich, das Leben ist. So übersteht sich denn das Stahlfeld, das auch immer vorankehren wird, wo ihr geht und steht dem Stam. Wiesner, als dem Führer der braunen Schär, zu treuen Händen. Diese übernahm die Fahne mit dem Gelübde, treu zu ihr zu stehen, wenn es sein muß, mit dem letzten Tropfen Blut für sie zu weihen. Mit einem Zugloch, auf den Zugloch und mit dem hoch West-Viel fähig die Wege. Im weiteren Verlauf des Abends brachte die Ortsgruppe eine Reihe von lebenden Bildern, unter dem Titel „Durch Nacht zum Licht“. Sie zeigten den Ausbruch der Revolution 1918 zum Ende der Monarchie, den ersten Weltkrieg im Rücken der Front, die Wiederherstellung Deutschlands durch die Feindmächte und durch den Schandvertrag von Versailles, die Befreiung Deutschlands durch Steuern, den leichten Überfall auf die Weite, die Befreiung deutschen Volkstums von den Juden, die Befreiung des deutschen Volkes von der Herrschaft der Juden, die Stimmungsbeilebung und ein passender Prolog, vortragen von Hg. Ritter umrahmt die Bilder, die reichen Beifall fanden. Nach einer kurzen Pause nahm Hg. Ritterfeld noch einmal das Wort, um in kurzen, grundlegenden Sätzen noch einmal den Entwicklungsgang, der zur Gründung der nationalsozialistischen Bewegung führte. Den Wunsch des Abends bilde das Volkstisch „O Semination, Semination“. Es führte in die Zeit von 1914 zurück und zeigte die festlichen Leben, die die Kriegesgegenen zu erleben hatten. Die Hohenlegung war ein sehr glückliches. Alle Mitglieder lebten in ihren Rollen und brachten die besten Leistungen. Personen geschriebenen Charaktere voll zur Geltung. Wir wollen es uns daher erlauben, einzelne Personen besonders zu erwähnen und uns auf ein Gedenkbild für alle Mitwirkenden beschränken. Dies war die Anerkennung der Gauze. Ein deutscher Tanz beschloß den möglichen Abend.

Nota. (Vehrerwechsel). Nach kurzer Amstättigkeit verläßt nun auch Lehrer Scheer unsern Ort und übernimmt eine Lehrstelle in Gräfenhainichen. Sein Nachfolger ist der Lehrer Hencke aus Großtreben.

Radis-Inszenierung. (Festliches Gedenkbildschau verunglückt). Am Freitag Nachmittag befand sich ein Kabinettswagen Nr. IA 204 der Kaiserlich Preussischen Gedenkbildschau aus Berlin, Tiergartenstraße 33, auf dem Wege von Leipzig nach Berlin. Unweit des Gasthofes „Grauer Stein“ am Kilometerstein 67,3 auf der Chaussee von Gräfenhainichen nach Wittenberg wollte das Auto das vordränglich auf der rechten Seite fahrende Fuhrwerk des Landwärters Walter Wulke aus Uthausen überholen. Bei dem rasenden Tempo des Wagens jedoch (es wird auf 120 Kilometer geschätzt), gelang dieses nicht, so wie es beabsichtigt war. Der Führer des Wagens, Wai Ebrahim, riß das Steuer zuerst nach links, um dann wieder plötzlich nach rechts auf den Weg zu kommen. Hierbei kam jedoch der Wagen ins Schleudern und überflieg die Fahne. Während der Führer mit dem Schreien davonkam, erlitt der Beifahrer Abol Ali Woghol bei Berlin-Gohlendorf, Millionstraße 28, einen Schädelbruch, ferner mußte auch ein zufällig mitfahrender Walter Hartwig aus Schkeuditz mit einer schweren Kopfverletzung an der linken Schädelhälfte mittels Sanitätsauto in das Paul Verharmst in Wittenberg befördert werden. Der Wagen wurde durch eine Wittenberger Firma abgeschleppt.

Raditz, 8. Oktober. Das auf dem Wege der Zwangsversteigerung in die Hände der Landeshof übergegangene Rittergut Raditz, das Herrn Major v. Schlieben gehörte, ist nunmehr an Herrn Rittergutsbesitzer Gurtnecht, Wachsborn verkauft worden.

Preis, 8. Oktober. Nach dem Ablauf der Praxizeit haben Wagnitz und Schlotkommission, wie wir bereits berichteten, auf Vorschlag des bisherigen Kurkurswärters Valentin Knoblauch die Verpachtung des Kurkurbaus von der des Kurkurales abgetrennt. Das Kurhaus, das dem bisherigen Kurkurswärters des Herrliches Splan, Vr. Stawenow, für 1200 RM. Kaufpreis übertragen wurde, soll in eine Kreisbauhauswirtschaft umgewandelt werden. Die Kaufmittelen dienen bereits bis 1923 als Fortbildungsschule der Bauhelfer. Der Kurkur, ehemals Speise- und Baul, und das geräumige Lagerhaus daneben, verblieben bis zum 1. März 1933 unter Oberbefehlung des Kaufmanns in der Verwaltungskurkur Knoblauch.

Arbeitsamt-Entlastung? Burg. Aus dem Bürger Arbeitsamtgefängnis sind 24 Strafgefangene nach Scharitz (Kr. Borsdorf) zu Strafereisen abkommandiert worden, wo sie auch ihre Verpflügung erhalten.

(Ann. d. Red.) Beim Bürger Arbeitsamt suchen 8000 Erwerbslose Beschäftigung. Man muß sich fragen, warum in dieser Zeit der großen Erwerbslosigkeit die Arbeitsmittellage durch Beschäftigung von Strafgefangenen noch mehr herabgedrückt wird.

Haarglanz gibt dem Haare Glanz. Das durch Nachspülen mit Haarglanz gestraffte von den Alkaliresten des Waschmittels befreite Haar bekommt zarten, natürlichen Glanz. Haarglanz erhalten Sie mit jedem neuen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel auch mit dem hochwertigen, kosmetisch-wirksamen Schwarzkopf-Extra-Für Blondinen Extra-Blond, die auflühende Sozial-Sorte!

Wo bleibt Geld für Mittelhandkanal?

Telegramm der Wirtschaft an den Reichskanzler.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses für den Regierungsbezirk Magdeburg, Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. Kleinherne, teilt in einem Telegramm die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers darauf, daß vom Reich im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms für die Fortführung der Arbeiten am Mittelhandkanal 7,5 Millionen Mark bereitgestellt sind, daß aber trotzdem mit den Arbeiten nicht begonnen werden könne, da die Auszahlung des Betrags nicht erfolge, ehe nicht vom Land Preußen bestimmte Zuschüsse gegeben werden. Namens des Wirtschaftsausschusses bittet Generaldirektor Dr. Kleinherne Herrn von Papen, als Reichskanzler und Reichskommissar für Preußen den Kompetenzstreit zu schlichten und die Auszahlung der 7,5 Millionen sowie die Aufnahme der Arbeiten zu befähigen. Angesichts der dringenden Not werde von der Öffentlichkeit nicht verstanden, daß durch Kompetenzstreitigkeiten Tausenden von Arbeitern die Arbeit vorenthalten wird.

Halle. Der Büropostbote Fritz Bögel aus Halle stand unter der Anklage des Mordversuchs an seiner Geliebten vor dem Schwurgericht. Bögel, der von medizinischen Sachverständigen als ein festlich und körperlich wenig widerstandsfähiger Hypochonder und als ein Vagabund mit neugieriger Wandaust bezeichneter wurde, nahm es mit der Wahrheit nicht sehr genau. Seiner Geliebten einer Hausangestellten, erzählte er, er bestehe in Verlobung einen ungeheuren Handel. Er wolle auch eine Stelle beim Grundbuchamt gefunden haben. Seine Braut trug ihn aber bald darauf an einer Strohdecke in Halle als Erdbeise-Verkauf an. Dies rief nun bei seiner Braut eine merkwürdige Entfremdung hervor. Bögel bemühte sich vergebens, sie umzustimmen. Als er sie dann am Abend des 10. Juni traf, gab er einen Schuß aus einem Revolver auf das Mädchen ab, durch den dieses jedoch nur leicht verletzt wurde.

Kurz vor der Tat hatte er seine Braut um Geld gebeten, das ihm jedoch verweigert wurde. Mit diesem Geld wollte er die Waffe kaufen, um diese gegen seine Braut zu richten. Das Gerichtsurteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis.

Schlafliß (Kr. Delitzsch). An einer Straßenkreuzung wurde ein Leipziger Arbeiter, der mit seinem Motorrade auf der Straße fuhr, um Spaziergänger nach dem Wege zu fragen, von einem entgegenkommenden Kraftwagen umgefahren und so schwer verletzt, daß er noch am Abend verstarb.

Bitterfeld. Durch Einbruchdiebstahl wurden nachts aus einem Damentonlektionshaus 25 Damentümel mit Pelzbesatz, drei Summiemäntel, 60 Paar Damenstrümpfe und waschbare Damentücher entwendet.

Werschnigau (Kr. Schweinitz). Zwei Einbrecher waren des Nachts in die zur Zeit leerstehende Lehrerwohnung eingestiegen. Der Nachtmacher sah den Diebstahl und wollte einige Einwohner und den Landjäger. Das Schulhaus wurde umstellt und die Diebe, die auch Schulwachen bei sich hatten, wurden nach Sorgen in Untersuchungshaft gebracht.

Inhalts drückende Wohlfahrtslasten

Deßau vor dem Zwangsersatz.
In einer vom Magistratsvorstand in letzter Minute einberufenen außerordentlichen Gemeinderatssitzung in Deßau a. m. a. wurde über die Finanzlage der Stadt Deßau ein Bericht erstattet. In diesem Bericht wird festgestellt, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Deßau im Vergleich zu anderen Städten der Provinz Sachsen als eine der geringsten zu bezeichnen ist. Die Ursache hierfür ist die hohe Belastung der Stadt durch die Zwangsersatzlasten. Diese Lasten sind durch die hohen Steuern und die hohen Ausgaben für die öffentlichen Arbeiten entstanden. Die Stadtverwaltung hat sich bemüht, diese Lasten zu mindern, aber dies ist nicht gelungen. Die Stadtverwaltung hat sich daher an den Reichsausschuss für die öffentliche Verwaltung gewandt, um die Zwangsersatzlasten zu mindern. Der Reichsausschuss hat die Bitte der Stadtverwaltung abgelehnt. Die Stadtverwaltung hat sich daher an den Reichskanzler gewandt, um die Zwangsersatzlasten zu mindern. Der Reichskanzler hat die Bitte der Stadtverwaltung abgelehnt. Die Stadtverwaltung hat sich daher an den Reichsausschuss für die öffentliche Verwaltung gewandt, um die Zwangsersatzlasten zu mindern. Der Reichsausschuss hat die Bitte der Stadtverwaltung abgelehnt. Die Stadtverwaltung hat sich daher an den Reichskanzler gewandt, um die Zwangsersatzlasten zu mindern. Der Reichskanzler hat die Bitte der Stadtverwaltung abgelehnt.

Assessor verlagst den Staat.
Deßau. Der Gerichtsassessor Jabel, der vom Ministerium des Reichsausschusses für die öffentliche Verwaltung ernannt worden war, von der Regierung Freyberg-Kr. aber wieder zum Assessor gemacht wurde, hat, wie schon der Stadtrat Einzel gegen die Stadt Deßau, Klage gegen den anhaltischen Staat erhoben.

Artifizielle Brunnen in der Dübener Heide.

Düben (Milde). Am Umfrieß von Düben gibt es zu beiden Seiten der Heide einen Beschick mit artifiziellem Wasser, das um so höher springt, je tiefer das Bohrloch in die Erde oder die zweite Grundwasserflöz eingetrieben wird. Deshalb werden immer mehr und mehr solcher artifiziellem Brunnen angelegt, die ständig von selbst laufen. Auch die Wirtschaft macht sich aus artifiziellem Wasser zunutze. In Werschnigau läuft es in die Heide, und in Gredau sieht es in Bohrbohrden nur 50 Zentimeter unter der Erde.

Schwere Verletzungsfälle bei Sangerhausen.

Zwei Tote, drei Verletzte.
Sangerhausen. Am Sonnabendnachmittag fuhr kurz vor Sangerhausen ein von Nordhausen kommender Leipziger Personkraftwagen mit großer Geschwindigkeit in einer Kurve gegen einen Postkutschwagen, überfiel sich und wurde vollkommen zertrümmert. Von den Insassen des Leipziger Wagens, drei Brüdern, wurden zwei mit schweren Kopf- und Armbverletzungen ins Krankenhaus gebracht, während der dritte mit leichten Verletzungen davonkam. Der Postkutschfahrer konnte keine Fahrt fortsetzen. Der Kaufmann Ernst Schneider aus Köpitz, der sich mit seiner Frau auf einer Motorradfahrt befand, fuhr am Sonntagmittag in Gmelsch in einer Kurve gegen ein entgegenkommendes Personauto. Er und seine Frau stürzten und erlitten so schwere Verletzungen, daß sie noch auf dem Transport ins Sangerhäuser Krankenhaus starben.

Judhausstrafen wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs.

Gleiwitz, 12. Oktober.
Das Sondergericht in Gleiwitz verurteilte die Angeklagten Josef und Hedwig Banzel, Matthias Ronzel und Josef Altmann wegen Vergehens gegen die Terror-Verordnung vom 9. August d. J. zu je einem Jahre Zuchthaus. Der Angeklagte Paul Gsch erhielt einen Monat Gefängnis. Drei Gsch und Frau Altmann wurden freigesprochen. Dem Prozeß lagen Ausschreitungen bei einer Wohnungsräumung zugrunde, bei der sich nach der Anklageschrift die Angeklagten des schweren Landfriedensbruchs und des schweren Aufruhrs schuldig gemacht hatten.

Zwangsvorsteigerung.

Versteigert wird

am 24. November 1932, 10 Uhr

an der Gerichtsstelle, Zimmer 2, die im Grundbuch von Böfowig Band IV Blatt Nr. 26 eingetragenen Grundstücke: Gemarkung Böfowig und Schönefeld, Rodsänggut Nr. 16 — Areal an ungetrennt in Hofraum, Fluz. Wert 240. — RM. — sowie Acker, Wiese und Feld von zusammen 16,72,20 ha Größe und die im Grundbuch von Wiedlin Band IV Blatt 21, Gemarkung Rohrbach, eingetragenen Grundstücke, Acker und Wiese von zusammen 4,85,50 ha Größe. (Eigentümer: Landwirt Ernst Voigt in Böfowig, Kemberg, den 10. Oktober 1932.

Amtsgericht.

Gestrickte Woll-Strümpfe

in allen Größen, Farben und Qualitäten äußerst haltbar, warm und preiswert Große Auswahl in Wolle. Wolle kann auch vom Kunden geliefert werden.

Anstricken

sauber, haltbar und preiswert. Maschinenstrickerei F. Freyberg, Kemberg jetzt: Burgstraße 4a (frühere Gärtner Holzhausen)

Futterrüben

verkauft Schmager, Pannigtau

Prima Gerstenschrot

Weizenmehl Roggenmehl Kleie, Schalen empfiehlt Thiele, Motormühle Gabis

Harzer Grüne-Bühnen-Lotterie

Ziehung: 19. Oktober 1932
Einzellos 50 Pfg. — — — Doppellos 1.— Mk.

Obstbaum-Karbolineum

Raupenleim Raupenleimpapier Baumwachs Schädlingsbekämpfungsmittel für Obstbäume und Sträucher empfiehlt G. Förster Heilkunde Gabis

Rechtsrat

Prozesssachen (Amts- u. Landgericht) Kaufverträge, Testamenten Steuerfachen (Vermögenssteuer) Jeden Freitag vormittag bei A. Lehmann, Gerichtsstellen d. A. D. und öffentl. angeh. Versteigerer Weinbergstraße 8

Gewinnplan:
2 Hauptgewinne 1 Automobil oder 1 Wohnenhaus im Wert von je RM 4000
2 Gewinne 1 Speisezimmer oder 1 Motorrad im Wert von je RM 1000
2 Gewinne Speisezimmer, Schlafzimmer, Leichtmotorräder im Wert von je RM 500
4 Gewinne Radio-Apparate, Kücheneinrichtung oder Guttschein im Wert von je RM 250
Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnen über RM 2 mit 90% in barem Gelde Lose zu haben bei

Richard Arnold :: Buchhandlung :: Kemberg Leipziger Straße und Markt

Morgen Donnerstag früh 7 Uhr

Speckfuchen

Bäckerei Mattheß Prima Mast-Gänse Mast-Enten

junge Hähnchen und Suppenhühner
Safanen-hennen u. -hähne
frischgeschliffene Hasen und Wild-Kaninchen

empfehlen Artur Thamm, Bergwitz Telefon Kemberg 289

Alles wieder eingetroffen!

Seaheringe 1 Pfd. nur 40 Pfg. Geseheteinge 1 Pfd. nur 50 Pfg. Oelfardinen große Dose nur 24 Pfg. Darsale kleine 20 Stk. nur 20 Pfg. Rührlieferung 1/2 Pfd. nur 22 Pfg. Margarine, lose, 1/2 Pfd. nur 20 Pfg. Pflanzenmehl, Rühndose nur 26 Pfg. Vierstuck-Marmelade 2 Pfd. Eimer nur 82 Pfg. Schmittbohnen (neue Sorte) 2 Pfd. Dose nur 46 Pfg. Gebrannte Gerste 1 Pfd. nur 22 Pfg. Wildschaftee (Eha. 0-1) 1 Pfd. nur 55 Pfg. Delikatess-Sauerkraut 1 Pfd. nur 9 Pfg. Fleischsalat 1/2 Pfd. nur 17 Pfg. Heringsalat 1/2 Pfd. nur 15 Pfg.

Diese Preise sagen alles! Herbert Bohmann Hamburger Kaffee-Lager Shams & Garls Niederlage

Streuverpackung.

15 Kadeln Kadelstreu sollen Sonnabend, nachmittags 1/5 Uhr in Nimmig verpackt werden. Sammelplatz Waldbaus. Carl Mattheß Freundliche

Oberwohnung

in Wittenberg bestehend aus Stube, 2 Kammern und Küche nebst Zubehör zum 1. 11. zu vermieten. Anfragen unter W 3 an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Wiener Operetten-Bühne

Hotel „Blauer Hecht“ Sonntag, den 16. Oktober 1932, pünktlich abends 8 Uhr Die große orientalische Operette

„Die Rose von Stambul“

Operette in 3 Akten von L. Fall. Gelangschlager: Rose von Stambul nur du allein — Fridolin, ach wie dein Schnurrbart sticht — Nur ein Walzer muß es sein — Geh tag doch Schnuddi zu mir — Opapa, mein lieber Opapa um. Eintrittspreise: Sperris 1.— Mk., 1. Platz 80 Pfg., 2. Platz 60 Pfg., Gewerkslose mit Ausweis 40 Pfg. NB. Suche für mein Personal noch mehrere möbli. Zimmer. Angebote erbitte unter „Theater“ im Theaterlokal abzugeben.

Der Winter steht vor der Tür, Sie sparen viel Geld,

wenn Sie Ihren Ofen noch heute sachmännlich nachsehen lassen.

Neulieferungen, Umsetzen und Reparatur-Arbeiten

werden billigst und sauber ausgeführt, sowie transportable Kachelöfen und eiserne Küchenherde in allen Größen. — Kostenschläge unverbindlich, wenn erwinlich Vertreterbesuch. Schreiben Sie noch heute an Karl Engelmann, Ofenbaugeschäft, Kemberg, Kreuzstraße 14

Lose

zur Preis. Klassen-Lotterie Ziehung der 1. Klasse am 21. u. 22. Oktober sind noch zu haben bei Richard Arnold Kemberg, den 10. Okt. 1932.

Zigarettenpapier

empfehlen Richard Arnold M.-T.-V.

Morgen Donnerstag, den 12. Oktober, abends pünktlich 1/9 Uhr im Hotel Palmbaum

Bildbilder-Vortrag

von Turnfest, anschließend Versammlung

Um zahlreiches und vor allem pünktliches Erscheinen bitten Der Vorstand.

Berufsammlung

Um zahlreiches Erscheinen bitten Der Vorstand.

Für die vielen Ehrungen, welche uns zur Silberhochzeit zuteil wurden, ist es uns nicht anders möglich, als auf diesem Wege herzlich zu danken. Musikdirektor Fritz Pinkert und Frau.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: 1. Landmanns Sonntagsblatt und „Alliiertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen als Ersatz jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 50spaltige Postzeile oder deren Raum 15 Pf., die 30spaltige Reklamzeile 40 Pf., Ausnahmestrich 50 Pf. / für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher abgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 121

Donnerstag, den 13. Oktober 1932

34. Jahrg.

„Das neue Reich!“

Der Kanzler in München — Der Presseempfang im Ministerium des Äußeren

München, 12. Oktober.

Reichskanzler von Papen stattete dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Gesamtministerium im Ministerium des Äußeren seinen Besuch ab. Ministerpräsident Dr. Held bewillkommnete den Reichskanzler herzlich und fuhr fort: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Bekenntnis des Reichskanzlers wofür ich herzlich danke, das Bekenntnis, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbstständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur ich gemeint, gewinn ich solcher offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stunden unserer Tage, die ja vor allem der Selbstständigkeit der Länder gegolten haben ist eine Selbstverständlichkeit.“

Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, die Fühlung mit den einzelnen Länderregierungen zu übernehmen und zu halten in der Zeit der großen wirtschaftlichen und geistigen Not des deutschen Volkes. Es kommt darin die Überzeugung zum Ausdruck, daß das gesamte deutsche Volk zusammenleben muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden. Ein veripflantes Deutschland wird nie niemals meistern können.

Unserpflichtig hängt alles von unserer absoluten Einigkeit ab. Nur durch festes Zusammenarbeiten und Zusammenhalten ist das große Ziel zu erreichen. Deutschland außenpolitisch zu befreien und innenpolitisch zu einem wahrhaft einigen und glücklichen Volk zu machen.“

Reichskanzler von Papen dankte für die freundlichen Worte, die Ministerpräsident Held ihm gewidmet hatte. „Mein Besuch, fuhr der Kanzler fort, soll viel mehr sein als eine formale Höflichkeit, er soll kein ein Symbol dafür daß in der Tat gerade jetzt in den vielfältig schwersten Stunden der Reichsgeschichte nur durch die den größten gemeinsamen Zielen weiterzuleben können, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wiederherstellen, wie sie einst gewesen ist.“

Sie wissen, daß es von Anbeginn meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen.

Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, den passenden Kontakt mit den Ländern zu pflegen und in offener Ansprache über die schwersten Fragen die Ministern auszusprechen, die auf dem schwersten Wege vor uns liegen. Ich hoffe, daß in diesem freimütigen Austausch der Meinungen die gemeinsamen Ziele gefördert werden, die allen so sehr am Herzen liegen.“

Wom Ministerium des Äußeren begab sich der Reichskanzler nach dem Landtag zum Besuch des Landtagspräsidenten. In Anwesenheit der übrigen Mitglieder des Landtagsvorstandes empfing Dr. Elang den Reichskanzler. Auf der Begrüßungsansprache des Landtagspräsidenten antwortete Reichskanzler von Papen in kurzen Ausführungen. Im Hinblick auf den Empfang beistehender der Kanzler und seine Begleitung den Sitzungsraum des Landtages und die ehemaligen Räume der Reichsversammlung.

Presseempfang

Um 11 Uhr fand im Ministerium des Äußeren ein Presseempfang statt. Zunächst erlitten Reichskanzler von Papen mit dem Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Marks. Er wurde von Ministerpräsident Dr. Held den Vertretern der Presse vorgestellt. In einer kurzen Ansprache gab der Reichskanzler seiner Freude darüber Ausdruck, bei dem ersten Besuch, den er der bayerischen Staatsregierung und damit dem Lande Bayern mache Gelegenheit zu haben, mit den Vertretern der Presse persönliche Fühlung aufzunehmen, auf die er großes Gewicht lege.

Die Reichsregierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie bemüht auf föderalistischem Standpunkt liege, daß die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe. Nicht ein oder Unilateralismus oder Zentralismus, sondern nur ein Reich, das aus der Addition aller gewachsenen Kräfte geschaffen werde, sei die Parole der Reichsregierung.

Wom Ministerium des Äußeren aus begab sich der Kanzler mit den Herren seiner Begleitung, geleitet von dem Innenminister Dr. Stöckel, zum Rathaus, um auch der Stadt München seinen Besuch zu machen. Er legte dann einen Kranz an Gefallenen-Denkmal nieder und stammete in den Mittagsstunden noch bei dem päpstlichen Nuntius sowie bei Kardinal Faulhaber einen Besuch ab. Um 13.30 Uhr hatte Ministerpräsident Dr. Held zu einem Frühstück geladen.

Pläne und Gegenpläne

Belegnisse und Mißstimmung in Paris.

London, 12. Oktober.

Man ist in Paris alles andere als erfreut über die Notwendigkeit, zu dem englischen Drängen auf weitere Aussprachen gute Miene machen zu müssen, und Herriot wird nicht ohne schwere Kritik der freundlichen Einladung MacDonalds folgen. Man hat beargwöhnt und mißgestimmt angenommen, daß in London Entwürfe ausgearbeitet worden sind, die der englische Premierminister als Unterlage für seine Bemühungen nehmen will, wie er zwischen Frankreich und Deutschland ein Kompromiß in der Abrüstungsfrage vermittelnd könne, und man besitzlich, diesen Plänen französische Gegenpläne entgegenzustellen, die die englischen Absichten durch Komplikationen so betonen, daß eine schnelle Einigung nicht in Frage kommt.

Das Kennzeichen des englischen Vorgehens scheint die Zuerkennung der Rechtsgleichheit für Deutschland in militärischer Hinsicht zu sein, allerdings gegen das deutsche Einverständnis damit, daß Deutschland durch die Einführung der ihm bisher verbotenen Waffen seinen Mannschaffsstand nicht vermehrt, wogegen die anderen Mächte zu fühlbaren Abrüstungsleistungen angehalten werden sollen. Gleichseitig soll ein zeitlich unbefristeter politischer Waffenstillstand geschlossen werden, in dem Deutschland sich verpflichten soll, keine Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu verlangen.

Dieser englische Plan ist als Grundlage eines deutsch-französischen Kompromisses offensichtlich schon belastet genug, um die Bemühungen MacDonalds zu erschweren — den Franzosen aber genügen die in dem englischen Plan enthaltenen Hindernisse offenbar noch nicht, denn ihr Gegenentwurf verlangt weiter

ein allgemeines Abrüstungsabkommen, einen allgemeinen Konfliktstopp, der sich an das Völkerbundsstatut und an den Locarnovertrag anknüpfen soll, ferner einen regionalen Bestands-, Sicherheits- und Kontrollpakt in demselben Rahmen und weiter ein Protokoll über die Anwendung des Prinzips der Gleichberechtigung. Schließlich greift der französische Vorschlag auch wieder auf den Plan der Bildung einer internationalen Streit-macht zurück.

Man sieht, was Herr Herriot mit nach London bringt, ist das Programm für eine große internationale Konferenz, nicht aber das wesentlich entscheidende, dafür aber auch klarere Material, das den Absichten MacDonalds dienen könnte, und so wird der französische Ministerpräsident hoffen dürfen, die ihm so unerwünschte Vermittlungsaktion keines englischen Kollegen zu durchsetzen und der von MacDonalds beabsichtigten Einladung des deutschen Außenministers seine in den Weg zu rollen. Von welcher Seite also die englischen Bemühungen geistlich durchkreuzt werden, daran ist nach dem französischen Verhalten kein Zweifel mehr möglich, und Deutschland kann abwarten, welche Schlüsse man in London und anderswo aus dieser Erkenntnis zu ziehen gedenkt.

Neuregelung des Bankwesens?

Nach keine persönlichen Entscheidungen

gehende Erregung ausgelöst. Da nach den gemachten Erfahrungen ein Teil der Anhänger der Partei ein äußerlich undzipliniertes Verhalten an den Tag gelegt hat, muß damit gerechnet werden, daß von diesem Teil der Parteimitglieder schon beispielsweise einzelne Zwischenrufe anderslautender mit Gewalttätigkeiten beantwortet werden, durch die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf das ernstlichste gefährdet werden. Das vorliegende Verbot der für den 12. Oktober im Sportplatz geplanten Versammlung rechtfertigt sich also auf Grund des Paragraphen 14 PStG. (Polizeiverordnungsgehehes) in Verbindung mit Artikel 123 der Reichsverfassung. Da sich weiter aus den vorstehend dargelegten Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ergibt, ist das Verbot ferner gerechtfertigt durch die Vorschriften des Paragraphen 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Umzüge vom 28. Juli 1932.

Reichskanzler von Papen vor dem Handwerk

Berlin, 12. Oktober.

Reichskanzler von Papen beabsichtigt, auf der am 24. Oktober über stattfindenden Obermeistertag des Berliner und märkischen Handwerks über die Stellung Regierung zu den Fragen des Handwerks sich zu äußern.

Papens Münchner Botschaften

München, 12. Oktober.

Der gestrige Nachmittag war den vorgelegten politischen Botschaften zwischen dem Reichskanzler und der bayerischen Regierung vorbehalten. Am Abend gab der bayerische Ministerpräsident zu Ehren des Reichskanzlers einen Empfang, zu dem zahlreiche Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Bayerns geladen waren.

Preußen contra Reich

Beginn der Verhandlungen des Staatsgerichtshofes

— Leipzig, 11. Oktober.

Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich begannen unter starkem Andrang die verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen wegen der durch Verordnung vom 20. Juli erfolgten Einsetzung eines Reichsministers für Preußen. Zur Entscheidung steht die Frage, ob das Vorgehen gegen die alte Preußenregierung nach den Bestimmungen der Verfassung zulässig war, wie es die Reichsregierung betont und das frühere Ministerium Braun-Seeger bestritt. Daneben wünschten die Regierungen Bayerns und Badens für künftige Fälle die Festlegung der Grenzen, in denen die Anwendung des Artikels 48 gegenüber einem Lande sich zu halten hat.

Nachdem zu Beginn der Verhandlung Dr. Brecht beantragt hatte, ohne die Anwesenheit eines Vertreters für den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichsminister für Preußen zu verhandeln, gab der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Schmidt, eine Darstellung des betanzten Sachverhalts. Anschließend stellte der Vorsitzende:

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke,

klar, daß das Verfahren von meiner Seite verschleppt worden ist, es sei vielmehr alles getan worden, um den Prozeß zu beschleunigen. Auf die Verhandlung eingehend, erklärte Dr. Bumke dann:

„Ich mache dann noch besonders darauf aufmerksam, daß der Staatsgerichtshof nicht über die politische Zweckmäßigkeit oder Zwecklosigkeit dessen zu entscheiden hat, was geschehen ist, sondern darüber, ob das Geschehene sich im Rahmen der Verfassung hält.“

Dann mandte sich der Vorsitzende der Einteilung des Verhandlungsstoffes zu. „Zunächst wäre zu empfehlen“, so erklärte er, „alle formalen Fragen, deren Wichtigkeit nicht verkannt werden soll, an den Schluß zu stellen und sich der Hauptfrage in erster Linie zuzuwenden.“

Es gilt jetzt festzustellen, welche Lage am 20. Juli nach Auffassung der Beteiligten in Preußen herrschte.

Überhalb der Tagesordnung erhält dann der Hauptredner der preußischen Vertretung, Ministerialdirektor Dr. Brecht das Wort zu folgender Erklärung:

„Was will Preußen mit seiner Lage?“

Es will keinen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten richten. Die preußischen Staatsminister haben keinen Zweifel an dem grundsätzlichen Willen des Herrn Reichspräsidenten, die Verfassung zu wahren. Wohl aber befehligen sie auf das ernstlichste die Wichtigkeit der Anformationen, die dem Herrn Reichspräsidenten gegeben worden sind und die Wichtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, die man ihm vorgezogen hat.

Gegenstand unserer Lage ist nicht die politische Zweckmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung, nicht einmal die gute Absicht der Reichsregierung, sondern lediglich die rechtliche Zulässigkeit ihres Vorgehens.

Gegenstand des Streitens ist vor allem die Vertretung Preußens und seiner Minister von dem die Ehre des Landes und seiner Vertreter aufs tiefste kränkende Vorwurfs, daß das Land Preußen die ihm nach der Reichsverfassung und